

Legal News Energierecht

Aktuelle Informationen zu energierechtlichen Entwicklungen

Ausgabe 7, Juli 2022

Inhalt

Aktuelles	2
Akuter Handlungsbedarf bei Gasversorgungsunternehmen und Netzbetreibern im Fall einer Gasmangellage	2
Rechtsprechung	2
OLG Karlsruhe gibt Ablehnung der relativen Bewertungsmethode in Konzessionsverfahren auf	2
Gesetzgebung	3
„Saldierte Preisanpassung“ – Weitere Novelle des Energiesicherungsgesetzes (EnSiG) als Reaktion auf die aktuellen Verwerfungen auf den Gasmärkten	3
Änderung der AVBFernwärmeV zur Weitergabe von Gaspreiserhöhungen nach dem EnSiG	4
Schneller zum Flüssiggas: Das LNG-Beschleunigungsgesetz	4
Über uns	5
Ihre Ansprechpartner	5

Aktuelles

RA Björn Jacob
Tel.: +49 211 981 7259
bjoern.jacob@pwc.com

RAin Nora Grabmayr
Tel.: +49 89 5790 6116
nora.grabmayr@pwc.com

Akuter Handlungsbedarf bei Gasversorgungsunternehmen und Netzbetreibern im Fall einer Gas-mangellage

Unterstützung durch PwC Legal im Hinblick auf die Erarbeitung einer Abschaltreihenfolge bei nicht geschützten Kunden

Am 23. Juni 2022 hat Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck die „Alarmstufe“ des „Notfallplans Gas für die Bundesrepublik Deutschland“ des Bundesministeriums für Wirtschaft und Klimaschutz ausgerufen. Es bestehe nach wie vor eine gesicherte Gasversorgung; allerdings gelte es sich auf den Ernstfall vorzubereiten.

Die Bundesnetzagentur (BNetzA) hat am 17. Mai 2022 ein Konzept zur „Lastverteilung Gas“ veröffentlicht. Darin beschreibt sie ihre Handlungsoptionen in der Rolle als Bundeslastverteiler im Fall einer Gasmangellage. Die BNetzA legt mögliche Kriterien offen, die im Rahmen einer Abwägung zu berücksichtigen sind. Sie stellt aber auch klar, dass seitens der BNetzA eine feste Abschaltreihenfolge in Bezug auf einzelne Verbraucher oder Branchen nicht festgelegt werden kann.

Als Handlungsoption im Fall einer Engpasslage kommt insbesondere eine Reduktion der Nachfrage durch die Anordnung einer Gasverbrauchsreduktion bei sog. nicht-geschützten Letztverbrauchern ≥ 10 MWh/h in Betracht. Für die Fallgruppe der nicht-geschützten Kunden müssen die Verteilnetzbetreiber, Fernleitungsnetzbetreiber sowie Gasversorgungsunternehmen einen Überblick haben, welche Kunden ggf. abgeschaltet werden können und welche Kunden nach den Maßgaben der BNetzA zwingend weiter Gas beziehen müssen.

Wir beraten Sie auf Grundlage der Vorgaben der BNetzA und des BMWK bei der Erstellung und/oder Überprüfung Ihres Abschaltkonzepts im Rahmen einer verantwortungsvollen Krisenvorsorge. Dabei prüfen wir die Datengrundlage, die Kriterienauswahl und -anwendung und helfen Ihnen bei der Erstellung einer möglichen Abschaltreihenfolge. Wir bieten Ihnen einen „Quick Check“ Ihres aktuellen Konzepts sowie Unterstützung mehrere weiterführende Module an, so dass wir unsere Leistung auf Ihre individuellen Bedürfnisse anpassen können. Alle weiteren Informationen entnehmen Sie bitte dem beiliegenden Anschreiben.

Rechtsprechung

RA Björn Jacob
Tel.: +49 211 981-7259
bjoern.jacob@pwc.com

OLG Karlsruhe gibt Ablehnung der relativen Bewertungsmethode in Konzessionsverfahren auf

Das OLG Karlsruhe hält mit Urteil vom 27. April 2022 (6 U 318/21) ausdrücklich nicht mehr an seiner früheren ablehnenden Haltung bezüglich einer relativen Bewertungsmethode in als Konzeptwettbewerb ausgestalteten Verfahren (wir berichteten) fest.

Das OLG Karlsruhe hatte in einer früheren, noch auf der Grundlage der bis zum 3. Februar 2017 geltenden Fassung von § 46 EnWG getroffenen Entscheidung (Urteil vom 3. April 2017 - 6 U 151/16 Kart) angenommen, dass jedenfalls in dem Fall, dass sich eine Gemeinde durch ein Beteiligungsunternehmen selbst an dem Konzessionsverfahren beteiligt, diese den potenziellen Bietern die Bewertungsmethode zur Kenntnis zu bringen hat, anhand der sie eine konkrete Bewertung der Angebote hinsichtlich der zuvor in den Auftragsdokumenten festgelegten Zuschlagskriterien und ihrer Gewichtung vornimmt, da andernfalls die Gefahr einer willkürlichen Auswahl bestünde; der Wettbewerb als solcher sowie die Bieterunternehmen seien vor der Gefahr von Manipulationen durch Festlegen und Bekanntgeben transparenter Bewertungsmaßstäbe zu schützen.

Nunmehr schließt sich das OLG Karlsruhe der Auffassung anderer Oberlandesgerichte an, wonach jedenfalls bei einem Konzeptwettbewerb auch im Fall möglicher (oder erwarteter) kommunaler Bieterbeteiligung die Ankündigung einer (relativen) Bewertungsmethode genügen kann, die bei der späteren Auswahlentscheidung eine objektiv nachvollziehbare Bewertung ermöglicht, auch wenn diese nicht aufgrund genauer Festlegung der Bewertungsmethode an vorab festgelegte Zielerreichungsgrade anknüpfe, sondern qualitative Wertungen erfordern werde, die erst auf der Grundlage des Kreises der eingegangenen Gebote zu treffen seien. Im Fall eines Ideen- und Konzeptwettbewerbs trage es nicht zur Transparenz und Vorhersehbarkeit der Bewertung bei, im Vorhinein einen Zielerreichungs- oder Erfüllungsgrad zu definieren und eine hieran anknüpfende Bewertungsskala aufzustellen, weil die Angebotsinhalte der Bieter nicht antizipiert und quasi vorweggenommen hypothetisch bewertet werden könnten. Aufgrund der verschärften Begründungs- und Dokumentationsvorgaben der Novelle von 2017 erfahre ein etwaiges Missbrauchspotential ein ausreichendes Korrektiv.

Gesetzgebung

RA Christian Teßmann
Tel.: +49 211 981-4787
christian.tessmann@pwc.com

RA Paul Roßbach
Tel.: +49 211 981-1788
paul.rossbach@pwc.com

„Saldierte Preisanpassung“ – Weitere Novelle des Energiesicherungsgesetzes (EnSiG) als Reaktion auf die aktuellen Verwerfungen auf den Gasmärkten

Nachdem Russland die durch die Pipeline „Nord Stream 1“ gelieferten Erdgasmen gen bereits um 60% gemindert hatte, verschärft sich die ohnehin angespannte Lage auf den Gasmärkten seit Mitte Juni. Zusätzlich wird eine Zuspitzung der Lage befürchtet, sollte die Erdgasbelieferung nach den jährlichen Wartungsarbeiten (beginnend am 11. Juli) an „Nord Stream 1“ vollständig eingestellt werden. Um verheerende Kaskadeneffekte in den Lieferketten zu vermeiden, plant der Bund nun durch eine weitere Novelle des EnSiG Maßnahmen, um eine zuverlässige Energieversorgung im Notfall sicherstellen zu können.

Um ein schnelles Eingreifen des Staates bei straukelnden Energieunternehmen zu ermöglichen, sollen bestimmte Vorschriften des Wirtschaftsstabilisierungsgesetzes befristet auf das Energiesicherungsgesetz übertragen werden (§ 29 EnSiG-E), wodurch gesellschaftsrechtliche Hürden bei der Kapitalbeschaffung herabgesetzt würden. Auch für Unternehmen, die sich wie bspw. die Gazprom Germania GmbH in Treuhandverwaltung nach § 17 EnSiG befinden, sollen Vereinfachungen für Kapitalmaßnahmen ermöglicht werden (§ 17a EnSiG-E). Darüber hinaus präzisiert der aktuelle Entwurf das Preisanpassungsrecht aus § 24 EnSiG dahingehend, dass Voraussetzung für dessen Anwendung die Feststellung einer erheblichen Reduzierung der Gesamtgasimportmengen nach Deutschland durch die Bundesnetzagentur ist.

Der Umlagemechanismus „Saldierte Preisanpassung“

Neben dem vorgenannten Preisanpassungsrecht soll alternativ eine sog. „saldierte Preisanpassung“ ermöglicht werden (§ 26 EnSiG-E). Mit diesem Instrument behält sich die Bundesregierung vor, durch Rechtsverordnung einen Umlagemechanismus einzuführen, wenn eine Gasmangelage unmittelbar bevorsteht oder von der Bundesnetzagentur (BNetzA) festgestellt wurde. Eine noch zu bestimmende unabhängige Stelle soll im Zuge dessen die Mehrkosten der Erdgasbeschaffung erheben, welche dann als Umlage gleichmäßig auf alle Verbraucher verteilt werden. Die Preisanpassungsinstrumente stehen dabei alternativ zueinander.

Adressiert wird auch die Anwendung von sog. „Force Majeur“ Klauseln, auf die sich Erdgasimporteure und -lieferanten wegen der gestiegenen Kosten möglicherweise berufen und darauf begründet eine Belieferung einstellen könnten. Hier wird ein Genehmigungsvorbehalt durch die BNetzA implementiert (§ 27 EnSiG-E). Nur im Fall des Nachweises, dass auch die Ersatzbeschaffung unabhängig der Höhe der Kosten tatsächlich nicht möglich ist, entfällt der Genehmigungsvorbehalt. Des Weiteren behält sich der Bund vor, durch

Rechtsverordnung Energiesparmaßnahmen der Verbraucher anzuordnen. Zuletzt soll der Brennstoffwechsel von Gas auf Öl und Kohle erleichtert werden.

Die Anpassungen des EnSiG sollen aufgrund ihrer Eilbedürftigkeit noch diese Woche das parlamentarische Verfahren durchlaufen, sodass das Vorhaben bis zum 8. Juli verabschiedet werden kann. Wir werden Sie kurzfristig über die weiteren Entwicklungen auf dem Laufenden halten.

RA Björn Jacob
Tel.: +49 211 981 7259
bjoern.jacob@pwc.com

RAin Pia Mausbach
Tel.: +49 211 981-1737
pia.mausbach@pwc.com

Änderung der AVBFernwärmeV zur Weitergabe von Gaspreiserhöhungen nach dem EnSiG

Auf die Novelle des Energiesicherungsgesetzes (EnSiG) soll nun eine Novelle der AVBFernwärmeV folgen, um auch Wärmelieferanten die Möglichkeit einzuräumen, Preisanpassungen im Fall einer Gasmangellage erleichtert vorzunehmen.

Mit Gesetz vom 20. Mai 2022 hat der Gesetzgeber bereits das EnSiG aus dem Jahre 1975 überarbeitet. Dazu gehört die Einführung einer neuen Regelung, mit der den Energiehändlern und -versorgungsunternehmen im Fall einer Gasmangellage das Recht eingeräumt wird, die Gaspreise gegenüber ihren Endkunden „auf ein angemessenes Niveau“ anzupassen (§ 24 Abs. 1 S. 2 EnSiG). Damit soll den Unternehmen die Möglichkeit gegeben werden, Ersatzbeschaffungskosten wegen Ausfällen in der Gasbeschaffung entlang der Lieferkette weiterzureichen. Voraussetzung für das Anpassungsrecht nach dem EnSiG ist die Ausrufung der Alarmstufe oder Notfallstufe sowie die Feststellung einer Gasmangellage durch die Bundesnetzagentur. Die Regelung im EnSiG beschränkt sich allerdings auf den Gasverkauf – Wärmelieferungen und Wärmepreise sind nicht erfasst. Nach einem Referentenentwurf, der am vergangenen Donnerstag vorgelegt wurde, soll durch eine Änderung der AVBFernwärmeV auch für Wärmelieferanten ein Preisanpassungsrecht gelten, denn auch diese sind von den höheren Kosten in der Lieferkette, die aufgrund von verminderten Gasimporten auftreten können, betroffen. Im Gegensatz zum Preisanpassungsrecht nach EnSiG sieht die Regelung in dem Referentenentwurf vom 29. Juni 2022 jedoch lediglich vor, dass das vertragliche Preisanpassungsrecht zeitlich vorgezogen ausgeübt werden könnte.

Danach kann ein Fernwärmeversorgungsunternehmen gegenüber seinem Kunden sein vertragliches Preisanpassungsrecht vorzeitig ausüben kann, wenn der Gaslieferant gegenüber dem Fernwärmeversorgungsunternehmen zuvor ein Preisanpassungsrecht nach dem EnSiG geltend gemacht hat. Dies gilt auch in Wärmelieferketten, wenn das Fernwärmeversorgungsunternehmen seinerseits Wärme von einem anderen Fernwärmeversorgungsunternehmen bezieht. Eine solche Preisanpassung außerhalb des vertraglichen vereinbarten Turnus ist dem Kunden mit Begründung in Textform mitzuteilen; sie tritt dann zwei Wochen nach Zugang in Kraft.

Die Änderungsverordnung wird vom Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK) im Einvernehmen mit dem Bundesministerium für Justiz (BMJ) und der Zustimmung des Bundesrates erlassen. Den Verbänden und Interessenvertretern wurde nur eine sehr kurze Frist zur Stellungnahme bis Montag, 4. Juli 2022 eingeräumt. Bevor der Entwurf am Freitag, 8. Juli 2022, dem Bundesrat zu seiner letzten Sitzung vor der Sommerpause zugeleitet wird, könnte er noch inhaltlich angepasst werden. Wir werden Sie über neue Entwicklungen in dieser Sache informieren.

Sollten Sie Fragen im Zusammenhang mit dem Referentenentwurf sowie den möglichen Auswirkungen auf Ihr Unternehmen haben, kommen Sie gerne jederzeit auf uns zu!

RAin Dr. Jutta Mues
Tel.: +49 211 981-5707
jutta.mues@pwc.com

RAin Verena Elisa Brökelmann
Tel.: +49 521 96497-111
verena.elisa.broekelmann@pwc.com

Schneller zum Flüssiggas: Das LNG-Beschleunigungsgesetz

Um die Unabhängigkeit von russischen Gasimporten zeitnah zu erreichen, ist das Gesetz zur Beschleunigung des Einsatzes verflüssigten Erdgases (LNG-Beschleunigungsgesetz – LNGG) am 1. Juni in Kraft getreten.

Das Gesetz sieht zur Beschleunigung der erforderlichen Genehmigungsprozesse eine Vielzahl von Verfahrenserleichterungen für die in der Anlage zum Gesetz genannten vier landgebundenen und acht schwimmenden LNG-Terminals (sog. FSRU, floating storage and regasification units) und deren erforderliche Anbindungsleitungen vor.

Die für das Flüssiggas zur Anlandung, Regasifizierung und Einspeisung nötige Infrastruktur fehlt bislang in Deutschland. Die ersten FSRU sollen noch vor Jahresende in Betrieb gehen. Um dieses Ziel zu erreichen, ist bereits auf Planungsebene der Bedarf für LNG-Terminals durch das Gesetz festgelegt, um das Erfordernis einer behördlichen Prüfung der Planrechtfertigung entbehrlich zu machen.

Reduzierung der noch im Gesetzesentwurf vorgesehenen Verfahrenserleichterungen

Anders als noch die Entwurfsfassung differenziert das beschlossene Gesetz zwischen landgebundenen LNG-Terminals und FSRU. Nach Protesten von Umweltverbänden sind Verfahrenserleichterungen nun im Wesentlichen nur noch für FSRU und Anbindungsleitungen vorgesehen:

Demnach besteht die Möglichkeit, auf die Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung zu verzichten, sofern nach Einschätzung der Genehmigungsbehörde eine beschleunigte Zulassung des FSRU geeignet ist, einen relevanten Beitrag zur Abwendung und Bewältigung einer Gasversorgungskrise zu leisten. Der energiewirtschaftliche Bedarf zur Planrechtfertigung der LNG-Vorhaben wurde ebenso gesetzlich festgestellt wie deren im Rahmen der Schutzgüterabwägung zu beachtendes überragendes öffentliches Interesse. Der Entwurf der Zulassungsentscheidung mit Begründung ist der Öffentlichkeit lediglich vier Tage zur Einsicht zur Verfügung zu stellen. Die Öffentlichkeitsbeteiligung im Rahmen der Zulassungsverfahren nach Bundesimmissions-, Wasserhaushalts- und Energiewirtschaftsgesetz wird auf insgesamt zwei Wochen für die Auslegung der Unterlagen und die Möglichkeit der Stellungnahme verkürzt. Daneben wurden die Instrumente der vorzeitigen Besitzeinweisung und der Zulassung des vorzeitigen Baubeginns nach dem Energiewirtschaftsgesetz nach Maßgabe des § 8 LNGG beschleunigt. Auch Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen nach dem Bundesnaturschutzgesetz für Eingriffe in Natur- und Landschaft sind nicht mehr zeitgleich mit der Genehmigungsentscheidung zu regeln, sondern können bis zu zwei Jahre nach deren Erteilung erstmals festgesetzt und bis zu weiteren drei Jahren nach der Festsetzung umgesetzt werden.

Für alle LNG Anlagen sieht das Gesetz künftig die erst- und letztinstanzliche Zuständigkeit beim Bundesverwaltungsgericht. Widerspruch und Klagen gegen LNG-Vorhaben entfalten keine aufschiebende Wirkung. Die materiellen Zulassungsvoraussetzungen bleiben von den Änderungen dagegen unberührt.

Nach dem LNGG unterliegen Genehmigungen nach diesem Gesetz grundsätzlich einer Befristung bis Ende 2043. Um dem Ziel der Klimaneutralität bis 2045 gerecht zu werden, ist eine Genehmigung zum Weiterbetrieb der Anlagen über diesen Zeitpunkt hinaus nur mit klimaneutralem Wasserstoff und Derivaten möglich.

Keine „Blaupause“ für Ausbau von Netzen und Erneuerbaren Energien

Mit dem LNGG werden einige bereits bekannte Instrumente der Verfahrensbeschleunigung für die dringend benötigte LNG-Infrastruktur eingeführt, daneben fanden einige neue Beschleunigungsmöglichkeiten Eingang. In welchem Umfang die im LNGG vorgesehenen Verfahrensbeschleunigungen im Zuge der geplanten weiteren Gesetzesänderungen auch bei Zulassungsverfahren für die ebenfalls dringenden Netzausbau- und Erneuerbare Energien-Projekte Anwendung finden werden, ist aktuell noch ungewiss. Aus der Politik ist zu vernehmen, dass das LNGG keine Blaupause für die mit dem Sommerpaket anvisierten Maßnahmen sein soll. Wir halten Sie auf dem Laufenden und stehen Ihnen bei Rückfragen gern zur Verfügung.

Über uns

Ihre Ansprechpartner

Peter Mussaeus
Tel.: +49 211 981-4930
peter.mussaeus@pwc.com

Michael H. Küper
Tel.: +49 211 981-5396
michael.kueper@pwc.com



PricewaterhouseCoopers Legal Aktiengesellschaft Rechtsanwaltsgesellschaft
Moskauer Straße 19, 40227 Düsseldorf

PricewaterhouseCoopers Legal
Aktiengesellschaft
Rechtsanwaltsgesellschaft

Moskauer Straße 19
40227 Düsseldorf
Postfach 10 50 53
40041 Düsseldorf
www.pwclegal.de

Tel.: +49 211 981-4930
Fax: +49 211 981-4011
peter.mussaeus@pwc.com

Juli 2022
PMU/DSP

Handlungsbedarf im Fall einer Gasmangellage, insbesondere im Hinblick auf die Erarbeitung einer Abschaltreihenfolge bei nicht geschützten Kunden

Sehr geehrte Damen und Herren,

die aktuelle Situation auf dem Gasmarkt ist aufgrund des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine und einer möglichen Verknappung des Gases sehr angespannt. Das Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK) hat am 30. März 2022 die sog. „Frühwarnstufe“ des Notfallplans Gas und am Juni 2022 die sog. „Alarmstufe“, also die zweite Stufe des Notfallplans Gas, ausgerufen. Gazprom hat die Gaslieferungen an Polen und Bulgarien über die Jamal Pipeline (jeweils zum 27. April 2022) sowie nach Finnland (zum 21. Mai 2022) eingestellt. Darüber hinaus hat die Ukraine den Transit russischen Erdgases nach Westen über die Sojus Pipeline gestoppt, aus Gründen der Netzstabilität und Netzsicherheit. Zum 11. Juli hat Gazprom angekündigt, aufgrund von notwendigen Wartungsarbeiten die Gaslieferung nach Deutschland über Nordstream 1 für einen Zeitraum von 10 Tagen vollständig einzustellen. Es bestehen erhebliche Unsicherheiten, ob und wie schnell die Gaslieferungen anschließend wieder aufgenommen werden.

Ihre Herausforderungen

Die Bundesnetzagentur (BNetzA) hat am 17. Mai 2022 ein Konzept zur „Lastverteilung Gas“ veröffentlicht. Darin beschreibt sie ihre Handlungsoptionen in der Rolle als Bundeslastverteiler im Fall einer Gasmangellage. Die BNetzA legt mögliche Kriterien offen, die im Rahmen einer Abwägung zu berücksichtigen sind. Sie stellt aber auch klar, dass seitens der BNetzA eine feste Abschaltreihenfolge in Bezug auf einzelne Verbraucher oder Branchen nicht festgelegt werden kann.

...

Den Fernleitungs- und Verteilernetzbetreibern kommt für die Sicherstellung der Gasversorgung auf der Basis der §§ 15, 16 und 16a EnWG eine zentrale Rolle zu. Sie haben, sofern die Sicherheit oder Zuverlässigkeit des Gasversorgungssystems im jeweiligen Netz gefährdet oder gestört ist, bei Maßnahmen nach § 16 EnWG die Sicherstellung der Versorgung von geschützten Kunden zu berücksichtigen. Dies kann unter anderem dadurch geschehen, dass bei sog. nicht-geschützten Kunden eine Gasverbrauchsreduktion angeordnet wird.

Hierfür ist die Erarbeitung eines „Abschaltkonzepts“ erforderlich, das auf Grundlage der Kundendaten und den von der BNetzA entwickelten Maßstäben auf die jeweilige Situation angewendet und unter Umständen auch angepasst werden kann. Ziel ist eine Haftungsfreistellung im Rahmen des § 16 Abs. 3 S. 3 EnWG.

Unsere Unterstützung

Wir beraten Sie auf Grundlage der Vorgaben der BNetzA und des BMWK bei der Erstellung und/oder Überprüfung Ihres Abschaltkonzepts. Dabei überprüfen wir die Datengrundlage, die Kriterienauswahl und -anwendung und helfen Ihnen bei der Erstellung einer möglichen Abschaltreihenfolge.

Wir bieten Ihnen die folgenden Module an, die wir gern auf Ihre individuellen Bedürfnisse anpassen können:

1. Quick Check:

Initiale Bewertung des vorhandenen Konzepts und Ableitung des wesentlichen Handlungsbedarfs

2. Modul 1: Datenabfrage

In diesem ersten Schritt stimmen wir mit Ihnen die in Betracht kommende Lieferverträge ab und stellen Ihnen bei Bedarf ein Musterschreiben zur Datenabfrage zur Verfügung.

3. Modul 2: Datenauswertung

Nach Rücklauf der Daten analysieren wir die eingegangenen Informationen und bereiten diese strukturiert auf; ggf. bietet sich hier eine Clusterbildung innerhalb der Verträge an.

4. Modul 3: Kriterienauswahl bzw. Modellwahl

Auf Grundlage der Datenauswertung erarbeiten wir einen Kriterienkatalog, der sich an den Leitfaden-Vorgaben orientiert.

5. Modul 4: Kriterienanwendung bzw. Modellbeschreibung

Anschließend wenden wir die Kriterien konkret auf die vorhandenen Kunden an, unter Darstellung eines nachvollziehbaren Bewertungssystems. Hier erstellen wir für Ihre unternehmensinterne Dokumentation einen entsprechenden Bericht.

6. Modul 5: Finalisierung Abschaltreihenfolge

Abschließend erfolgt eine Gesamtbewertung der aufgestellten Abschaltreihenfolge und die Bewertung des finalen Konzepts.

7. Modul 6: Flankierende Maßnahmen im Sinne einer Kundeninformation o.ä.

Bei Bedarf können wir Ihnen darüber hinaus weitere Maßnahmen anbieten, wie z.B. die individuelle Information des jeweiligen Kunden und Begründung des Abschalttrags.

Alle durchgeführten Schritte werden wir projektbegleitend dokumentieren und erläutern.

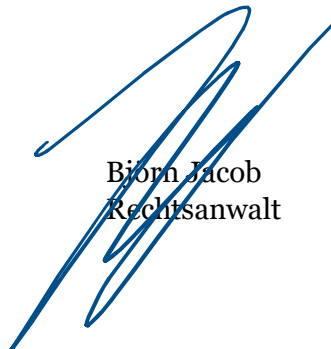
Gerne stimmen wir mit Ihnen ein konkretes unternehmensindividuelles Angebot ab. Bei Rückfragen können Sie sich an Frau RA'in Nora Grabmayr (nora.grabmayr@pwc.com, Tel.: 089 / 57906116) oder an Ihre/n gewohnte/n Ansprechpartner/in bei PwC Legal wenden.

Mit freundlichen Grüßen

PricewaterhouseCoopers
Aktiengesellschaft
Rechtsanwaltsgesellschaft

A blue ink signature of Peter Mussaeus, written in a cursive style.

Peter Mussaeus
Rechtsanwalt

A blue ink signature of Björn Jacob, written in a stylized, cursive style.

Björn Jacob
Rechtsanwalt